

Schulgesetz für Baden-Württemberg (SchG)

in der Fassung vom 1. August 1983 (GBl. S. 397)

mit folgenden Änderungen:

Datum	GBl. S.	Gesetz	betroffene Bestimmungen
10. 10. 1983	621	Landesplanungsgesetz (§ 42 Abs. 7)	§ 28
19. 3. 1985	71	VO des Innenministeriums zur Anpassung des Landesrechts an die geänderten Geschäftsbereiche und Bezeichnungen der Ministerien (Art. 26)	§ 110
22. 2. 1988	53	Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg, des Landespersonalvertretungsgesetzes und des Landesbesoldungsgesetzes	§§ 91, 107
13. 2. 1989	101	3. VO des Innenministeriums zur Anpassung des Landesrechts an die geänderten Geschäftsbereiche und Bezeichnungen der Ministerien (Art. 7)	§ 110
24. 4. 1991	213	Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg und des Gesetzes über den kommunalen Finanzausgleich	§§ 5a, 15, 20, 24, 28, 40, 47, 48, 59, 60, 71
4. 6. 1991	299	Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (Art. 5)	§§ 102, 105
17. 5. 1993	261	Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg	§ 115
28. 6. 1993	485	Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg	§§ 6, 25, 35, 40, 45, 47, 53, 59, 69, 70, 100 b
18. 12. 1995	29 (1996)	Drittes Gesetz zur Bereinigung des baden-württembergischen Landesrechts (Art. 2)	§ 35
16. 12. 1996	776	Haushaltsstrukturgesetz 1997 (Art. 5)	§§ 5a, 102
16. 12. 1996	781	Erstes Gemeindehaushaltsstrukturgesetz (Art. 3)	§ 94
17. 6. 1997	278	5. VO des Innenministeriums zur Anpassung des Landesrechts an die geänderten Geschäftsbereiche und Bezeichnungen der Ministerien (Art. 10)	§§ 4, 8, 17, 21, 26, 35, 35a, 37, 41, 42, 46, 47, 48, 52, 56, 60, 61, 69, 70, 71, 78a, 87, 89, 94, 95, 97, 98, 100 a, 100b, 105, 107, 108, 110, 111
15. 12. 1997	535	Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg	§§ 2, 10, 11, 12, 13, 15, 19, 30, 37, 52, 61, 66, 67, 72, 73, 74, 76, 79, 80, 82, 83, 84, 87, 88, 92, 103, 112
8. 11. 1999	429	Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg	§§ 8, 89
25. 7. 2000	533	Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg	§ 8
11. 12. 2002	476	Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg	§ 90
17. 7. 2003	359	Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes	§§ 6, 8, 15, 55, 73, 83, 89, 107

Datum	GBl. S.	Gesetz	betroffene Bestimmungen
1. 4. 2004	178	Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes	§ 38
1. 7. 2004	469	Verwaltungsstruktur-Reformgesetz (Art. 48)	§§ 24, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 51, 76, 79, 110
11. 10. 2005	669	Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg und des Landesbesoldungsgesetzes (Art. 1)	§§ 59, 80, 115
18. 12. 2006	378	Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg	§§ 35 a, 47, 57, 67, 114
8. 1. 2008	12	Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg	§§ 12, 85, 86
14. 10. 2008	313	Verwaltungsstrukturreform-Weiterentwicklungsgesetz (Art. 27)	§§ 32, 33, 36, 51
14. 10. 2008	343	Gesetz zur Neuordnung des Landesdisziplinarrechts (Art. 11)	§ 104
18. 11. 2008	387	Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg, des Gesundheitsdienstgesetzes und der Meldeverordnung (Art. 1)	§§ 72, 91
30. 7. 2009	365	Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg und anderen Gesetzen (Art. 1)	§§ 4, 6, 7, 8, 15, 25, 28, 33, 58, 66, 75, 76, 84, 88, 93, 94
9. 11. 2010	793	Dienstrechtsreformgesetz (Art. 25)	§§ 38, 91, 104
20. 12. 2010	1059	Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg	§ 90
13. 12. 2011	550	Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg	§ 5
21. 12. 2011	570	Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg und anderer Gesetze (Art. 1)	§§ 6, 25, 30, 70, 76, 85
24. 4. 2012	209	Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg und anderer Gesetze	§§ 4, 8 a, 16, 25, 28, 33, 39, 47, 76, 88, 93, 94
3. 6. 2014	265	Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg	§§ 8a, 30, 30a bis 30e
22. 7. 2014	365	Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg und anderer Vorschriften	§§ 4a, 8a, 12, 25, 40, 47, 80, 81, 104, 106, 117a
21. 7. 2015	645 ber. 839	Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg und anderer Vorschriften	§§ 3, 4, 4a, 5, 8a, 15, 16, 20, 21, 28, 29, 30e, 32, 33, 47, 59, 61, 62, 63, 66, 70, 72, 75, 76, 82, 83, 84, 84a, 87, 88, 89, 90, 93, 101, 103, 104, 105, 106, 117a

Inhaltsübersicht

	§§
1. Teil Das Schulwesen	1 bis 22
2. Teil Die Schule	23 bis 26
3. Teil Errichtung und Unterhaltung von Schulen	27 bis 31
4. Teil Schulaufsicht	32 bis 37

5. Teil	Lehrkräfte, Schulleitung; Lehrerkonferenzen, Schulkonferenz; örtliche Schulverwaltung	38 bis 54
6. Teil	Mitwirkung der Eltern und der für die Berufserziehung der Schüler Mitverantwortlichen an der Gestaltung des Lebens und der Arbeit der Schule; Schülermitverantwortung; Landesschulbeirat	55 bis 71
7. Teil	Schüler	72 bis 92
8. Teil	Schulgeld- und Lernmittelfreiheit, Erziehungsbeihilfen	93 bis 95
9. Teil	Religionsunterricht	96 bis 100
10. Teil	Ethikunterricht, Geschlechtererziehung	100 a, 100 b
11. Teil	Staatliche Heimsonderschulen und Heimsonderschulen in freier Trägerschaft	101 bis 106
12. Teil	Schlussvorschriften	107 bis 118

1. TEIL

Das Schulwesen

A. Auftrag der Schule

§ 1 Erziehungs- und Bildungsauftrag der Schule

(1) Der Auftrag der Schule bestimmt sich aus der durch das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und die Verfassung des Landes Baden-Württemberg gesetzten Ordnung, insbesondere daraus, dass jeder junge Mensch ohne Rücksicht auf Herkunft oder wirtschaftliche Lage das Recht auf eine seiner Begabung entsprechende Erziehung und Ausbildung hat und dass er zur Wahrnehmung von Verantwortung, Rechten und Pflichten in Staat und Gesellschaft sowie in der ihn umgebenden Gemeinschaft vorbereitet werden muss.

(2) Die Schule hat den in der Landesverfassung verankerten Erziehungs- und Bildungsauftrag zu verwirklichen. Über die Vermittlung von Wissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten hinaus ist die Schule insbesondere gehalten, die Schüler

in Verantwortung vor Gott, im Geiste christlicher Nächstenliebe, zur Menschlichkeit und Friedensliebe, in der Liebe zu Volk und Heimat, zur Achtung der Würde und der Überzeugung anderer, zu Leistungswillen und Eigenverantwortung sowie zu sozialer Bewährung zu erziehen und in der Entfaltung ihrer Persönlichkeit und Begabung zu fördern,

zur Anerkennung der Wert- und Ordnungsvorstellungen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu erziehen, die im einzelnen eine Auseinandersetzung mit ihnen nicht ausschließt, wobei jedoch die freiheitlich-demokratische Grundordnung, wie in Grundgesetz und Landesverfassung verankert, nicht in Frage gestellt werden darf,

auf die Wahrnehmung ihrer verfassungsmäßigen staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten vorzubereiten und die dazu notwendige Urteils- und Entscheidungsfähigkeit zu vermitteln,

auf die Mannigfaltigkeit der Lebensaufgaben und auf die Anforderungen der Berufs- und Arbeitswelt mit ihren unterschiedlichen Aufgaben und Entwicklungen vorzubereiten.

(3) Bei der Erfüllung ihres Auftrags hat die Schule das verfassungsmäßige Recht der Eltern, die Erziehung und Bildung ihrer Kinder mitzubestimmen, zu achten und die Verantwortung der übrigen Träger der Erziehung und Bildung zu berücksichtigen.

(4) Die zur Erfüllung der Aufgaben der Schule erforderlichen Vorschriften und Maßnahmen müssen diesen Grundsätzen entsprechen. Dies gilt insbesondere für die Gestaltung der Bildungs- und Lehrpläne sowie für die Lehrerbildung.

B. Geltungsbereich

§ 2 Geltungsbereich des Gesetzes

(1) Das Gesetz gilt für die öffentlichen Schulen. Öffentliche Schulen sind Schulen, die

1. von einer Gemeinde, einem Landkreis, einem Regionalverband oder einem Schulverband gemeinsam mit dem Land oder
2. vom Land allein getragen werden.

(2) Schulen, die nicht unter Absatz 1 fallen, sind Schulen in freier Trägerschaft (Privatschulen). Auf sie findet das Gesetz nur Anwendung, soweit dies ausdrücklich bestimmt ist; im Übrigen gilt für sie das Privatschulgesetz.

(3) Das Gesetz findet keine Anwendung auf Verwaltungsschulen, Schulen für Jugendliche und Heranwachsende im Strafvollzug und Schulen für Berufe des Gesundheitswesens, ausgenommen Schulen für pharmazeutisch-technische Assistenten und Schulen für Altenpflege.

C. Gliederung des Schulwesens (§§ 3 – 15)

§ 3 Einheit und Gliederung des Schulwesens, inklusive Bildung

(1) Das Schulwesen des Landes gliedert sich, unbeschadet seiner im gemeinsamen Erziehungs- und Bildungsauftrag begründeten Einheit, in verschiedene Schularten; sie sollen in allen Schulstufen jedem jungen Menschen eine seiner Begabung entsprechende Ausbildung ermöglichen.

(2) Bei der Gestaltung, Ordnung und Gliederung des Schulwesens ist sowohl auf die verschiedenartigen Begabungsrichtungen und die Mannigfaltigkeit der Lebens- und Berufsaufgaben als auch auf die Einheit des deutschen Schulwesens, den organischen Aufbau des Schulwesens mit Übergangsmöglichkeiten unter den Schularten und Schulstufen, die Lebens- und Arbeitsfähigkeit der einzelnen Schulen und die Angemessenheit der Schulkosten Bedacht zu nehmen.

(3) In den Schulen wird allen Schülern ein barrierefreier und gleichberechtigter Zugang zu Bildung und Erziehung ermöglicht. Schüler mit und ohne Behinderung werden gemeinsam erzogen und unterrichtet (inklusive Bildung).

§ 4 Schularten, Schulstufen

(1) Die Schularten haben als gleichzuachtende Glieder des Schulwesens im Rahmen des gemeinsamen Erziehungs- und Bildungsauftrags ihre eigenständige Aufgabe. Sie können in Schultypen gegliedert sein. Das Kultusministerium kann neue Schultypen durch Rechtsverordnung, die der Zustimmung des Landtags bedarf, einrichten.

Schularten sind die Grundschule,
die Hauptschule und die Werkrealschule,
die Realschule,
das Gymnasium,
die Gemeinschaftsschule,
das Kolleg,
die Berufsschule,
die Berufsfachschule,
das Berufskolleg,
die Berufsoberschule,
die Fachschule,
das sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentrum.

(2) Die Schulstufen entsprechen der Gliederung der Bildungswege in aufeinander bezogene Abschnitte, die sich aus dem organischen Aufbau des Schulwesens und ihrer Anpassung an die altersgemäße Entwicklung der Schüler ergeben; an ihrem Ende ist in der Regel nachzuweisen, dass bestimmte Bildungsziele erreicht worden sind.

Schulstufen sind die Primarstufe,
die Sekundarstufe I mit Orientierungsstufe,
die Sekundarstufe II.

(3) Soweit dies der eigenständige Bildungsauftrag der einzelnen Schularten zulässt, sollen, besonders innerhalb der Schulstufen, die differenzierten Bildungsgänge sowie ihre Abschlüsse aufeinander abgestimmt und sachgerechte Übergänge unter den Schularten ermöglicht werden.

§ 4a Ganztagsschulen an Grundschulen sowie den Grundstufen der sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren mit Förderschwerpunkt Lernen

(1) Ganztagsschulen an Grundschulen sowie den Grundstufen der sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren mit Förderschwerpunkt Lernen fördern die Schüler individuell und ganzheitlich und stärken sie in ihrer Persönlichkeitsentwicklung und im sozialen Miteinander. Sie verbinden an drei oder vier Tagen der Woche mit sieben oder acht Zeitstunden in einer rhythmisierten Tagesstruktur Unterricht, Übungsphasen und Förderzeiten, Bildungszeiten, Aktivpausen und Kreativzeiten zu einer pädagogischen und organisatorischen Einheit. Dabei sollen sie mit außerschulischen Partnern zusammenarbeiten.

(2) Ganztagschulen können auf Antrag des Schulträgers im Rahmen der hierfür zur Verfügung gestellten Ressourcen auf der Basis eines pädagogischen Konzepts in der verbindlichen Form oder in der Wahlform eingerichtet werden, sofern die dafür notwendigen Voraussetzungen vorliegen. In der verbindlichen Form nehmen alle Schüler der Schule am Ganztagsbetrieb teil. In der Wahlform besteht an der Schule die Möglichkeit der Teilnahme. Wird die Ganztagschule erstmals in der verbindlichen Form nach Satz 1 eingerichtet, kann dies aufwachsend beginnend mit der Klasse 1 erfolgen; für die noch nicht in der verbindlichen Form eingerichteten Klassenstufen kann bis zum Abschluss des Ausbaus die Ganztagschule in der Wahlform auslaufend eingerichtet werden.

(3) Für Schüler, die eine verbindliche Ganztagschule besuchen oder in der Wahlform am Ganztagsbetrieb angemeldet wurden, unterliegen die Zeiten des Ganztagsbetriebs nach Absatz 1 Satz 2 mit Ausnahme der Mittagspause einschließlich des Mittagessens der Schulpflicht nach § 72 Absatz 3. Für die Zeiten des Ganztagsbetriebs gilt die Schulgeldfreiheit nach § 93 Absatz 1 Satz 1 entsprechend. Für das Mittagessen kann ein Entgelt erhoben werden.

(4) Die Bereitstellung des Mittagessens sowie die Aufsichtsführung und Betreuung der Schüler beim Mittagessen obliegen dem Schulträger. Die darüber hinausgehende Betreuung und Aufsichtsführung in der Mittagspause wird vom Land wahrgenommen. Die Gemeinden beteiligen sich an den Kosten des Landes in Form eines pauschalen Ausgleichs. Der Ausgleichsbetrag bemisst sich nach den pauschalierten Kosten für das Aufsichtspersonal. Für jeweils 80 Schüler wird dabei eine Aufsichtsperson eingerechnet, wobei für jede Schule rechnerisch ein Sockel von mindestens zwei Aufsichtspersonen gilt. Die Zahl der Aufsichtspersonen errechnet sich aus der Zahl der Schüler und der Zahl der Schulen an dem für die Schulstatistik maßgebenden Tag des vorangegangenen Jahres. Für jede Aufsichtsperson und Stunde sind 15 Euro zugrunde zu legen. Dieser Betrag wird entsprechend der Beamtenbesoldung im mittleren Dienst dynamisiert.

(5) Über die Einrichtung von Ganztagschulen entscheidet die obere Schulaufsichtsbehörde. Der Antrag des Schulträgers auf Einrichtung einer Ganztagschule bedarf der Zustimmung der Schulkonferenz.

(6) Das Kultusministerium wird ermächtigt, das Nähere zu der Antragstellung, dem erforderlichen pädagogischen Konzept, den notwendigen Voraussetzungen für den Ganztagsbetrieb, den Mindestschülerzahlen, der Förderung sowie der Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern durch Rechtsverordnung zu regeln.

§ 5 Grundschule

(1) Die Grundschule ist die gemeinsame Grundstufe des Schulwesens. Sie vermittelt Grundkenntnisse und Grundfertigkeiten. Ihr besonderer Auftrag ist gekennzeichnet durch die allmähliche Hinführung der Schüler von den spielerischen Formen zu den schulischen Formen des Lernens und Arbeitens. Dazu gehören die

Entfaltung der verschiedenen Begabungen der Schüler in einem gemeinsamen Bildungsgang, die Einübung von Verhaltensweisen für das Zusammenleben sowie die Förderung der Kräfte des eigenen Gestaltens und des schöpferischen Ausdrucks. Die Grundschule umfasst vier Schuljahre.

(2) Die Grundschule berät die Erziehungsberechtigten, welche der auf ihr aufbauenden Schularten für das Kind geeignet ist. Hierbei werden neben dem Leistungsstand auch die soziale und psychische Reife sowie das Entwicklungspotenzial der Kinder betrachtet. Es wird über die möglichen Angebote aufgeklärt und die Auswirkungen der Entscheidung der Eltern werden dargelegt. Die Einschätzung, welche Schulart dem Lernstand und Entwicklungspotenzial des Kindes am meisten entspricht, obliegt danach den Erziehungsberechtigten. Sie treffen für ihr Kind die Entscheidung über die auf der Grundschule aufbauende Schulart.

(Fortsetzung Seite 7)